

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckort: Dresden.
Verlagsnummer: 25 241.
Für die Nachdrucke: 20 011.

Bezugs-Gebühr: von 16 bis 30. November 1925 an dgl. zweimonatlicher Zustellung im Haus 1,50 Mark.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Die einseitige 10 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellenanzeigen nach Vereinbarung. Die 10 mm breite Reklamengröße 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Oberer-Zeilen 10 Pfg. Auswärts nach Vereinbarung.

Schriftleitung und Druckerei: Merseburgerstr. 33-32.
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Polische-König 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe. 'Dresdner Nachr.' zulässig. Unautorisierte Nachdrucke werden nicht aufgeführt.

Die preussischen Provinzialwahlen.

Sehr geringe Wahlbeteiligung, allgemeiner Stimmenrückgang.

Ein französischer Flugzeugpark in Marokko durch einen Sturm zerstört. — Ankunft der deutschen Delegierten in London heute nachmittag.

Geringe Verschiebung zu Gunsten der Kommunisten und Wirtschaftspartei.

Berlin, 30. Nov. Die Provinzialwahlen in Preußen sind unter sehr geringer Wahlbeteiligung ohne Zwischenfälle verlaufen. Die Wahlbeteiligung schwankte zwischen 21 und 55 Prozent, so daß fast alle Parteien im Durchschnitt einen Stimmenrückgang von etwa 40 bis 50 Prozent gegen die Reichs- und Landtagswahlen im Dezember 1924 zu verzeichnen haben.

Durchweg haben die Kommunisten auf Kosten der Sozialdemokraten Erfolge zu verzeichnen. So ist z. B. in Thüringen die Zahl der kommunistischen Stimmen von 80 421 auf 83 912 gestiegen, was in Anbetracht der geringen Wahlbeteiligung ein erheblicher Gewinn bedeutet. Auch in anderen Wahlkreisen haben die Kommunisten Mandate gewonnen. Gut behauptet hat sich ferner die Wirtschaftspartei, die in verschiedenen Wahlkreisen sogar einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen hat. So in Pommern von 25 041 auf 25 395. In den meisten Provinziallandtagen hat sie an Mandaten nicht unbedeutend gewonnen.

Deutschnationale und Deutsche Volkspartei, die in einigen Provinzen gemeinsame Listen aufgestellt hatten, konnten ihre bisherigen Mandate behalten, und in verschiedenen Wahlkreisen noch Mandate hinzugewinnen. Auch sie haben im allgemeinen 40 bis 50 Prozent ihrer Stimmen im Vergleich zur Dezemberwahl 1924 verloren, was jedoch nur auf die geringe Wahlbeteiligung zurückzuführen ist. Auch die Sozialdemokraten haben ihre bisherigen Mandate im allgemeinen behalten. Im rheinischen Provinzialtag haben sie sieben Sitze verloren, die Kommunisten dafür gewonnen.

In verschiedenen Wahlkreisen haben die Demokraten einen auch im Verhältnis zur geringen Wahlbeteiligung starken Stimmenverlust zu verzeichnen. In der Rheinprovinz z. B. ist ihre Stimmenzahl von 132 306 auf 83 568 gefallen. Bemerkenswert ist ferner, daß die Spar- und Aufwertungspartei durchweg einen Stimmenzuwachs gegen die Dezemberwahlen zu verzeichnen haben. In einigen Provinziallandtagen werden sie Mandate erhalten, was als Anzeichen dafür anzusehen ist, daß die Bewegung für eine höhere Aufwertung an Boden gewonnen hat. In allen Provinzen zeigte sich auch diesmal wieder eine starke Zersplitterung der Parteien. So hatten in manchen Provinzen 20 und mehr Parteien Listen eingereicht. (Z. U.)

Westfälischer Provinzialtag Dortmund.

Vorläufiges Ergebnis: Zentr. 478 121, Soz. 815 883, D. V. P. 170 938, Deutsch. 160 622, Komm. 127 605, Demokr. 85 496, Unabhängige Soz. 4857, Polen 128 011, Christlich-sozialer Gefinnungsgemeinschaft 18 789, Christlich-soziale Partei 14 268, Deutsch-völkische 6611, Partei für Wahrheit und Recht 1178, Landwirtschaft 8762, Partei für Menschenrecht und Frieden 1054, Sparerbund 11 877, Wirtschaftliche Wählervereinigung 221, Wirtschaftspartei 29 588.

Oberschlesien:

Vorläufiges Ergebnis: Zentr. 195 858 (218 064), Schwarz-Weiß-Part. (Dn. und D. V. P.) 84 682 (130 067), Soz. 84 155 (135 043), Polnisch-katholische Volkspartei 29 238 (41 708), Komm. 28 600 (64 808), Dem. 9246 (12 143), Kleinbauern, Siedler und Pächter 4484, Wirtschaftspartei 6535 (8248), Wirtschaftliche Volksgemeinschaft 4105.

Mandatsverteilung: 27 Sitze Zentrum, 12 Schwarz-Weiß-Part., 6 Sozialdemokraten, 4 Polen, 4 Kommunisten, 1 Demokr.

Provinz Sachsen.

Dalle: Sozialdemokraten 878 822 (8 514), Kommunisten 103 016 (117 514), Demokraten 59 147 (5 514), Zentrum 18 839 (15 514), Vereinigung sachlicher Arbeit 308 434 (46 514), Völkischer Block 28 922 (3 514).

Briand's Regierungsprogramm.

Paris, 30. November. Nach Davaos wird die Regierungserklärung des neuen Kabinetts mit der Währungsfrage beginnen, eine Politik der Aktion und Entscheldung, die das Land unter den augenblicklichen Umständen erwarten, durchzuführen. Weiter wird betont werden, das Finanzproblem fordere sofortige Lösung. Was die Anwesenheit des Schatzamtes betrifft, so werde das Finanzministerium auf Grund der Tendenzen, die sich klar in Kammer und Senat abzeichnen, Maßnahmen vorschlagen, die die Inflation ansitzeln. Der Finanzminister wird die sofortige Verabschiedung des Budgets fordern das in Einnahme und Ausgabe völlig ausgeglichen sein muß. Er wird außerdem vom Parlament verlangen, daß ein Finanzsanierungsplan angenommen werde, über den der neu zu schaffende konsultative Finanzausschuss seine Ansicht kundzugeben habe.

Was die Regelung der internationalen Schulden betrifft, so werden die Verhandlungen unverzüglich wieder aufgenommen werden. Hinsichtlich der äußeren Politik wird die Regierung die Fortsetzung der Politik der internationalen Entspannung, die durch die Abkommen von Locarno erzielt wurde, fortsetzen. In Marokko wird Frankreich im völligen Einvernehmen mit Spanien sich bemühen, sobald wie möglich den Frieden auf der Grundlage der inter-

Provinzialtag Hannover.

Das vorläufige Gesamtergebnis der Provinzialtagwahlen in der Provinz Hannover ist folgendes: Sozialdemokraten 314 193 (486 552), Vereinigte hannoversche Provinzialtagwähler (D. V. P. und Dn. V. P.) 248 526 (267 157), D. V. P. und 200 770 D. V. P., zusammen 467 827, Deutsch-hannoversche Partei 6868 (244 135), Bau- und Grundbesitz 171 717, Zentrum 97 578 (142 724), Demokraten 86 171 (870 479), Kommunisten 38 450 (65 801), Deutsch-sozialistische Partei 7282, Sparerbund 21 334, Wirtschaft und Handwerk 80 140, Deutsch-völkische 6551 (58762), evangelisch-soziale Liste 9816.

Provinz Grenzmark Polen.

Scheidewahl, 30. Nov. Bei der gestrigen Wahl zum Provinzialtag wurden in der Provinz Grenzmark, Polen (Bezirke) 126 770 Stimmen abgegeben. Davon erhielten die Deutschnationalen 44 016, die Deutsche Volkspartei 7033, Deutsch-völkische Freiheitspartei 5771, Nationale Vereinigung 2472, Völkische Vereinigung 8719, Sozialdemokraten 17 827, Zentrum 34 052, Demokraten 1833, Kommunisten 3344, Polen 455, Wirtschaftspartei 708 und Mittelstandspartei 743. Von den 30 Sitzen im Provinzialtag sind enthalten voraussichtlich auf die Deutschnationalen 11, Zentrum 9, Sozialdemokraten 5, Deutsche Volkspartei 2, Deutsch-völkische Freiheitspartei 1, Nationale Vereinigung 1, Völkische Vereinigung 1, (Z. U.)

Das vorläufige Ergebnis für Ostpreußen.

Ragnitz, 30. November. Aus 21 von 42 ostpreussischen Wahlkreisen liegen bisher folgende Ergebnisse vor: Preussischer Block (Deutschn. und D. V. P.) 165 589 (479 845), Sozialdemokraten 83 328 (207 311), Zentrum 24 497 (79 847), Demokraten 15 073 (40 211), Kommunisten 28 828 (80 421), Aufwertungspartei 8539, Deutsche Wirtschaftspartei und Ostpreussischer Bauernbund 12 222, Deutsch-völkische Freiheitspartei 18 454, Litauische Volkspartei 470, Malurische Volkspartei 953, Polen 25 000, Splitterparteien 47.

Das Wahlergebnis für die Provinz Vorpommern ist bisher folgendes: Wiederbaupartei (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei) 70 661 (830 739), Sozialdemokraten 81 000 (234 662), Demokraten 10 960 (66 322), Kommunisten 8100 (51 048), Klein- und Mittelbauern 1281 (gestrichen), Wirtschaftspartei 2594 (4607), Landwirtschaft 1833 (gestrichen).

Düsseldorf, 30. Nov. Es erhalten Zentrum 78 (78), Sozialdemokraten 24 (31), Deutsche Volkspartei 16 (20) Deutschnationale 16 (14), Kommunisten 18 (14), Deutsche Demokraten 4 (5), Wirtschaftspartei 5, Aufbaupartei, Christlich-soziale, Völkische, Polen, Unabhängige keinen Sitz. Die Wahlbeteiligung betrug 40 Prozent.

Schingen, 30. Nov. Die Beteiligung an den Kommunal- und Landtagswahlen in Hohenollern betrug nur 33,4 Prozent. Von den 24 Sitzen entfielen auf das Zentrum 16 Sitze (bei den letzten Wahlen 18), Demokraten voraussichtlich 3 (3), Bürgerpartei 1 (2), Sozialdemokraten 1 (2) und Bauernbund 1 (1).

Kiel: Wiederbaupartei 142 008 (19 Sitze), Sozialdemokraten 145 927 (19 Sitze), Demokraten 24 324 (3 Sitze), Kommunisten 32 576 (4 Sitze), Eigenheimpartei 3552 (1 Sitz), Einigkeit 9930 (1 Sitz), Handwerk, Handel und Gewerbe 6470 (1 Sitz), Klein- und Mittelbauern 18 951 (2 Sitze), Landwirtschaft 56 473 (7 Sitze), Wirtschaftspartei 11288 (1 Sitz).

Wiesbaden, 30. Nov. Bei den kommunalen Landtagswahlen im Bezirksverband Wiesbaden erhielten die Sozialdemokraten 16 Sitze (bisher 17), Zentrum 12 (13), Kommunisten 4 (1), Wirtschaftspartei und Mittelstand 3 (0), Arbeitsgemeinschaft 8 (0), Deutsche Volkspartei 3 (11), Deutschnationale 3 (7), Demokraten 3 (0).

nationalen Verwaltungsaufsicht übergeben, jedoch soll den Mittel-

nationalen Verwaltungsaufsicht übergeben, jedoch soll den Mittel- und kleineren Verwaltungsaufsicht übergeben werden. Auch in Syrien wird Frankreich an der Wiederherstellung der Ordnung arbeiten, im übrigen aber sein Mandat im Sinne des Völkerbundes ausüben. Was die innere Politik angeht, so wird das neue Ministerium sich für die Wiederherstellung der Arrondissementswahlen aussprechen, die Verminderung der Militärlasten ins Auge fassen und eine Politik weitgehender sozialer Reformen betreiben. (Z. U.)

Paris, 30. Nov. Das Finanzprogramm Doucours war gestern Gegenstand einer Beratung, an der Briand, Doucours, de Monzie und Caval teilnahmen. Doucours hat seine Pläne bereits in der Kammerdebatte am 19. November dargelegt, in der er erklärte, daß es aus dem Dilemma der Inflation nur einen Ausweg gebe: durch Erhaltung der kurzfristigen Schatzanweisungen, die auf sieben Jahre verteilt, 85 Milliarden betragen. Sie könne nur in der Weise erfolgen, daß jährlich Zuschüssen in Höhe von 5 Milliarden ausgedrückt würden.

De Jouvenel in Kairo.

Paris, 30. Nov. Die Mäntel werden aus Kairo, daß der französische Oberkommissar für Syrien, de Jouvenel, gestern nachmittag von König Fuad in einer besonderen Audienz empfangen wurde. (Z. U.)

Der Völkerbund in Syrien.

(Von unserem Genfer Vertreter.)

Genf, den 25. November. Syrien ist über Nacht zu einem brennenden Problem für den Völkerbund geworden, seit man in Genf einen drussischen Führer der Aufständischen, verleben mit Dokumenten und Petitionen, erwarten muß, der nichts mehr und nichts weniger verlangt, als daß der Völkerbund das Mandat über Syrien Frankreich wegnehmen und einer anderen Macht übertragen, wenn möglich aber ganz aufheben solle. Diese auf alle Fälle sehr unangenehme Ankündigung eines solchen Besuches im Völkerbundspalast wäre geeignet, dem Völkerbund Gelegenheit zu geben, seine große Sorge um unterdrückte und kleine Völker am besten aller augenblicklichen Exempel zu beweisen und sich furchtlos in einen Gegenlag zur syrischen Mandatarmacht Frankreich zu bringen, wie denn Theorie und Praxis auch in Bezug auf die Mandate und deren Ausübung durch die Mächte längst in einem Gegenlage zueinander stehen, der geradezu eine Verhöhnung der Natur und der Zivilisation des zwanzigsten Jahrhunderts bedeutet. Soeben liegt nun das sehr interessante Auslassung des Völkerbundsekretariats vor, in der der syrische Antrag benützt worden ist, um die Welt an das Verhältnis zu erinnern, das zwischen Völkerbund und Mandatsgebieten, Völkerbund und Mandatarmacht, Mandatarmacht und Mandatsgebiet besteht, ein Verhältnis, das so recht zeigt, wie ohnmächtig der Völkerbund auch dem syrischen Verlangen auf die französische Entthronung als juristische Mandatarmacht gegenübersteht. Der Führer des drussischen Aufstandes, wird aus dem Palais des Nations mitgeteilt, muß als eine Persönlichkeit ohne Mandat betrachtet werden, da er weder Vertreter eines Staates noch einer Regierung ist. Was die Petitionen anbetreffend, so werden solche nach dem üblichen Verfahren der Mandatskommission des Völkerbundes zugestellt. Diese Kommission gelangt an die Mandatarmacht und verlangt deren Äußerungen. Erst nachher können die Petitionen geprüft werden, also erst in der Februartagung in Rom. Hinsichtlich des syrischen Mandats stellt der Völkerbund fest, daß ihm kein Recht zustehe, Mandate zu erteilen oder zu nehmen, da die Mäntel sich von sich aus nach dem Kriege Syrien, Mesopotamien und die deutschen Kolonien als Mandatsgebiete zugeteilt hätten. Der Völkerbund könne sich mit den Mandaten einig vom Gesichtspunkte der Anwendung des Artikels 22 des Völkerbundespaktes durch die Mandatsmächte befassen; dieser Artikel enthält bloß Bestimmungen über die Ausübung der Mandate. Dazu kann der Völkerbund noch, durch Vermittlung der Mandatskommission, eine internationale Kontrolle über die Mandate ausüben.

Mit diesen Ausführungen hat das Völkerbundsekretariat — und es ist zu vermuten mit Absicht — auf einen immensen Mißstand hingewiesen, der darin besteht, daß den Syrern überhaupt kein irgendwie in Betracht kommender Weg offen gelassen worden ist, um irgendwie und irgendwie Recht zu erhalten, daß weiter die immer gebrauchte Bezeichnung eines Mandats als „völkerbündlich“ eine reine Wortspielerei falscher Tatsachen ist, die dazu dienen soll, die Inhabermächte von Mandaten als durch den Völkerbund gebunden und ihm verpflichtet erscheinen zu lassen. — daß weiter die Völkerbundsmaschine dort, wo sie möglicherweise eingreifen könnte, von den Mächten so schwerfällig und langsam gemacht worden ist, daß von einem praktischen Nutzen eines völkerbündlichen Eingreifens in Mißstände vielfach keine Rede mehr sein kann. Der angeklagte Drusenführer darf in Genf gar nicht empfangen werden, obwohl außer Zweifel steht, daß er als autorisierter Wortführer eines Volkes zu gelten hat; bloß weil Syrien kein Staat ist und keine eigene Regierung hat. Der Völkerbund hat sich mit den syrischen Mäntel nur durch Vermittlung Frankreichs zu befassen, womit aber Syrien jedenfalls nicht geholfen werden dürfte. Es bleibt also ein einsamer, beschwerlicher, schmaler, heller Weg übrig: den des Petitionsrechts. Wir haben oben erwähnt, daß damit die syrischen Begehren erst im Februar, vielleicht noch später, in Rom zur Sprache kommen können. Welche Aussichten dann noch bestehen werden, erheißt aus folgenden beiden Möglichkeiten: erstens kann Frankreich mit Verben dafür sorgen, daß der syrische Volkswille bis zum Februar Frankreich in genügendem Maße freundlich gesinnt worden ist und die Syrier „glücklich“ sind, von den Folgen der Verheerung gegen das großmächtige Frankreich befreit zu sein“ womit für die Mandatskommission der ohnehin nicht zu angenehme Auftrag dahinfiele. Zweitens ist die Mandatskommission verpflichtet, die syrischen Anträge gegen Frankreich — Frankreich zu übergeben, dessen Entgegenkommen anzuhören, dessen Aufforderungen entgegenzunehmen, um hierauf dann die beiden Standpunkte gegeneinander abzumessen und zu richten. Es wird niemals so gerichtet werden können, daß eine europäische Großmacht irgendwie ins Unrecht, in Prejudizverlust oder gar in reale Nachteile verlegt würde.

Diese Dinge, in erster Linie, gehen aus der Auslassung des Sekretariats des Völkerbundes hervor; der geübte Leser wird aus ihr noch einiges mehr herauslesen können. Er wird außerdem wissen, daß für ein Mandatsgebiet keine, aber auch gar keine Möglichkeit besteht gegen die Mandatarmacht irgendetwas zu unternehmen oder irgendetwas Recht zu finden; die Mächte haben die Gebiete einfach genommen, ehe ein Völkerbund eigentlich da war, diesen selben Völkerbund aber nachher, ohne ihm den geringsten Einfluß zu ver-